

**Postulat Harry Lütolf, Wohlen, vom 3. März 1998 betreffend Mitfinanzierung des Bildungswesens durch Private**

---

**Text:**

Der Regierungsrat wird ersucht, bis spätestens zu den Beratungen im Grossen Rat bezüglich der Schulgesetzrevision Etappe II aufzuzeigen, in welchen Bereichen der Volks-, Berufs-, Mittel- und Fachhochschule Privaten die Möglichkeit zur Mitfinanzierung des Schulbetriebes, der Infrastruktur oder der Investitionen offensteht bzw. welche gesetzlichen Grundlagen eventuell geändert bzw. geschaffen werden müssten, damit eine solche private Mitfinanzierung ermöglicht würde. Ferner sind vom Regierungsrat die grundlegenden Bedingungen aufzuzeigen, welche bei einer privaten Mitfinanzierung einzuhalten wären, damit die staatliche Hoheit im Bildungswesen gewahrt bleibt.

**Begründung:**

Mit dem vorliegenden Vorstoss möchte der Postulant einer Forderung der Jungen CVP Aargau nachkommen. Diese soll nun im folgenden begründet werden.

Im Kanton Zürich wird derzeit das private Sponsoring an der Volksschule diskutiert (bekannt unter der Bezeichnung "Schulprojekt 21"). Den Medien ist zu entnehmen, dass von seiten der Privatwirtschaft reges Interesse an dieser neuen Form der Zusammenarbeit angemeldet wurde (vgl. etwa Tages-Anzeiger vom 17. und 22. Januar 1998). Es ist davon auszugehen, dass seitens der Privaten dasselbe auch für den Kanton Aargau gilt.

Im Zuge der geforderten Verzichtsplanung kommt auch das Bildungswesen immer mehr unter Spardruck. Die Junge CVP Aargau ist davon überzeugt, dass Abstriche an der Substanz im Bildungsbereich nicht möglich und nicht wünschenswert sind. Wenn die Finanzierung staatlicherseits aber nicht mehr gesichert ist, so bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird der Konsum staatlicher Leistungen verkauft - das würde die Einführung von Schulgeldern bedeuten - oder die nötigen Mittel werden durch Sponsoring beigesteuert. Aus sozialpolitischen Gründen und mit dem Hinweis auf die Chancengleichheit lehnt die Junge CVP Aargau die Einführung von Schulgeldern zumindest auf Volksschulstufe strikte ab. Längerfristig bekommt dadurch das Schul-Sponsoring eine wichtige Bedeutung. Der internationale Vergleich bestätigt diese Tendenz und zeigt gleichzeitig auf, dass eine Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft durchaus einen fruchtbaren Effekt erzielt.

Eine Zusammenarbeit durch Sponsoring muss dabei nicht zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Schulbehörden führen (vgl. etwa den jüngsten Bericht der Aargauer Zeitung vom 20. Februar 1998 über die diesbezügliche Stellungnahme des Zürcher Regierungsrates). Diese Unabhängigkeit und die staatliche Hoheit im Bildungswesen stehen im übrigen für die Junge CVP Aargau nicht zur Disposition.

---

Mitunterzeichnet von 12 Ratsmitgliedern